

Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Verlag: Alexander Wiede, Chemnitz.

Beiblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt“ und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch“.

Inseratenspreis:
Raum einer schmalen Korpuszeile 10 Bl. —
— 12 Bl. (10 Bl. für Briefe) 30 Bl. —
— 15 Bl. (10 Bl. für Briefe) 45 Bl. —
Bei Wiederholung großer Anzeigen Rabat.
Bei Bestellungen von Anzeigen wollen wir
Inseratenspreis (in Briefmarken) beifügen
(10 Bl. = 100 Bl. Briefmarken = 1 Bl.).
Annoncenannahme: nur bis Donnerstag.

Expedition und Redaktion:
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Telegraphen-Nr.: 1000. Exped. Chemnitz.
Verantwortl. Redakteur: Dr. 134.

Königliche Bekanntmachungen sächsischer Behörden.

an Christiane Theresie verehel. Künzel in Worna bei Chemnitz beab-
sichtigt, in dem unter Nr. 33 des Grundbesitzungs-Catasters, Nr. 72a
des Grundbuches für Worna gelegenen Grundstücke eine Schlichterei zu er-
richten. In Gemäßheit § 17 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869
wird dies mit der Aufforderung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwen-
dungen hiergegen, soweit sie nicht auf besondern Privatrechts-Titeln beruhen,
bei deren Verfall binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an
gerechnet, abhier anzubringen.
Chemnitz, am 8. März 1886. Die Königlich Amtshauptmannschaft.

Telegraphische Nachrichten.

Vom 11. März.

Berlin. Am gestrigen Gedultstage des russischen Kaisers
sah wegen der russischen Hohen keine besondere Festlichkeit in der
hiesigen russischen Gesellschaft statt, dagegen war bei dem Hofhüter
Schmalow am Sonntag ein großes Diner. Zum Abend ist das
Hofgesellschaften von dem Kaiserpaar zu einem Diner geladen, welches
zur Feier des Gedultstages des russischen Kaisers im Königsplatz
stattfindet.

Berlin. Die Kirchen-Kommission des Herrenhauses
beginnt heute die zweite Lesung der Vorlage, welche vielleicht nur
einen Tag dauert. Am 19. März soll der Bericht in der Kommission
verlesen werden, am 20. März die zweite Lesung im Plenum be-
ginnen. Doch ist eine Verzögerung derselben wegen Verhandlungen
mit der Kurie nicht ausgeschlossen. Es heißt sogar, Bischof Kopp
werde gleich nach den Kommissionsverhandlungen deshalb nach Rom
reisen. — Die „Norddeutsche“ schreibt, Windthorst's kriegeri-
scher Austritt im Abgeordnetenhaus sei lediglich seinem Miß-
vergnügen über die Kirchenvorlage zuzuschreiben, da ihm als Bischof
und Reichsfeind der kirchliche Frieden peinlich sei. — Die Braun-
schweigische Kommission hält morgen Vormittag 10 Uhr die
erste Sitzung. Die Zeit ist mit Rücksicht auf den Kanzler gemäßt,
doch ist trotz der Meinung der „Vol. Nachr.“, daß der Kanzler der
Kommission vielleicht einen Höflichkeitstribunal abhalten werde, seine
Betheiligung sehr unklar.

Berlin. Die Kaiserin v. Schalko hat nach der „F. Bl.“
thatächlich folgendermaßen: v. Schalko hat bald nach seiner Reichs-
tagrede, in welcher er zwei Firmen der Aufarbeitung von Silber-
schmelzen beschuldigte, an das Reichsgeschicht geschrieben und wahrheits-
gemäß erklärt, daß er die Namen dieser Firmen nicht kenne, seinen
Wohlfühlmann aber nicht nennen wolle. Das Zeugnisverfahren geht
nun dahin, ihn zur Nennung des Wohlfühlmannes zu zwingen, und
es sieht sich nicht auf die Versicherung v. Schalko's im Reichstage,
sondern auf seinen privaten Brief an's Reichsgeschicht, wenigstens
wird der Richter dies behaupten.

Baden. Durch Eisenbahn ist der Verkehr zwischen Albstadt und
Trarstätt, sowie von Trarstätt nach Seersdorf wieder hergestellt.

Hannover. Die sächsischen Kolonien beschließen die Auf-
nahme einer 3/4-prozentigen Anleihe von 7,500,000 Mk.

Wien. Die „Presse“ meldet: Lord Rosebery informirt Wadding-
ton, die britische Regierung wolle Ägypten räumen, falls ihr verbürgt
werde, daß nach dem Abzuge der britischen Truppen keine andere
europäische Macht Ägypten okkupieren werde.

Wien. Anlässlich des hiesigen Auftritts der Cholera im
Beneventanischen ordnete der Handelsminister gegen die italienischen
Erzeugnisse aus dem Gebiete von der österreichischen Grenze bis ein-
schließlich Ancona eine strengste Beobachtungsreserve an.

Wien, 11. März. Die Passiven im gestrigen angelegten Con-
toute des Fürsten Pfyffl betragen genau 1,685,000 fl. Als Haupt-
gläubiger erscheinen die Welgeborner Marcus Späher mit 386,000,
Deichmann mit 340,000, Kuphanz mit 137,000, die Kaiserliche Con-
trole mit 45,000 Gulden. Als Aktiva fungieren der Reichsgewinn
der Substitutionsgüter mit 120,000 jährlich und die Pächterbeiträge
anlässlich der Fürstin auf die Hinterlassenschaft ihrer verstorbenen
Mutter, sowie Mobilien und Schmuck.

Wien. Wegen geringer Theilnahme der Bevölkerung sieht sich
der Director des hiesigen „christlichen National-Theaters“ gezwungen,
mit morgigen Tage die Theaterferien vorzeitig zu schließen.

Moskau. Wie man aus Moskau meldet, wird sich eine Deputa-
tion polnischer Geistlicher und Aristokraten nach Rom begeben, um
König der preussischen Polen dem Cardinal Ledochowski eine Ab-
schiedsadresse zu überreichen.

Peft. Die bulgarische Regierung beantragt alle Rezeristen über
29 Jahre.

Paris. Die Einnahmen der indirekten Steuern im
Februar sind um 10 1/2 Millionen gegen den Voraussatz zurückge-
blieben. Seit dem 1. Januar ds. Jrs. beträgt die Mindereinnahme
23 Millionen.

Paris. Wie die Bahnverwaltung mittheilt, wurden bei einem
Eisenbahnunfall zusammenstoß zwischen Mentone und Monaco 2
Personen getödtet, etwa 20 verwundet und außerdem eine Person
vermißt.

Paris. Das Gericht von der Demission des Finanzministers
Carnot wird von der „Agence Havas“ benachrichtigt.

Paris. Wie das Börsenblatt erzählt, wird der morgige
Ministerrat über Entwürfe des Finanzministers Beschluß fassen, be-
treffend die Conversion von 700 Millionen sechsjähriger Treasuries
in 3prozentige Rente, und ferner die Umwandlung von 750 Millionen
schwonder Staatsanleihe aus der Zeit von 1870 ebenfalls in 3pro-
zentige Rente.

Brüssel. Nach dem „Procureur“ bekräftigen der preussische
Rechtsminister Waboch und Staatssekretär Stephan lebhaft das
Votum des Reichstages.

Brüssel. Die Mobilisierung der zwei Reserve-Klassen wurde
verlangt. Die Regierung ist sehr unzufrieden und fürchtet einerseits
eine unzulässige Pression, andererseits eine Enttarnung der Wehrver-
sorgung. In den griechischen Zeitungen entspann sich angeht die Situa-
tion eine Polemik über die Frage der Verantwortlichkeit des Königs
oder des Ministerraths.

Reynov. Einem Telegramm aus Balparaiso zufolge ist
bestellt das Quartier, in welchem sich die größten Handelsstädter
befanden, durch eine Feuerbrand zerstört worden. Der Schaden
wird auf 1 Mill. Doll. geschätzt.

Die Ueberproduction in der Industrie.

Chemnitz, den 12. März.

Eine der interessantesten Stellen in der letzten preussischen Thron-
rede lautet wortgenau: „Auf dem Gebiete der industriellen Thätigkeit
macht sich in einzelnen Betriebszweigen eine Störung des Abfahrs
bemerkbar. Diese Erscheinung läßt sich auf eine durch die bisherigen
günstigen Folgen der gewerblichen Arbeit angelegte Steigerung der
Betriebsamkeit und auf den Wunsch zurückführen, dem deutschen
Fabrikat im Weltverkehr mit den concurrenden Industrieprodukten den
Vorsprung zu sichern. Eine Abhilfe hiergegen liegt außerhalb des
Bereiches unserer Gesetzgebung. Nur die Durchführung anderer
Produktion auf das Maß des Bedarfs wird die unzulässigen
wirtschaftlichen Folgen fernhalten vermögen, welche eine Ueberproduktion
nicht abschließender Erzeugnisse nach sich zieht.“ So die Thronrede!
Damit ist zum ersten Male von Seiten der Regierung zugegeben,
daß die mannigfachen Klagen einzelner Industrien über die sich
jetzt bemerkbar machenden Folgen der Ueberproduction begründet
sind. Auf der einen Seite folgt daraus mangelnder Absatz, auf der
anderen ein beträchtlicher Preisrückgang; die Arbeit geht des Bedarfses
zum Theil verlustig, den sie mit Recht fordern kann. Wesentlich
beitragend zur Vermehrung der Produktionskraft, namentlich in der
Eisenindustrie, haben auch die enorm hohen russischen Zollver-
schärfungen; sie haben die deutsche Industrie in einer Weise vermindert,
die selbst dem Laien aus den ersten Blick ins Auge fällt.

Die deutsche Ueberproduction würde noch eher Absatz finden,
wenn ihr nicht eine Ueberproduction auch in England und Frankreich
zur Seite stände und dort steht es fast noch schlimmer als bei uns
aus. Als der Anfang der Ueberproduction die Preise zu drücken be-
gann, erweiterter die Fabrikanten die Masse ihrer Erzeugnisse, um
auf diese Weise den Gewinnverlust wieder einzubringen. Damit ist
aber die Fabrikation in den betreffenden Artikeln eine so gewaltige
geworden, daß naturgemäß eine Senkung des Absatzes eintreten mußte.
Diese Senkung bedeutet selbstverständlich eine schwere Schädigung des
wirtschaftlichen Lebens, der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, und
es muß daher davon hingewarnt werden, die Krisis abzukürzen.
Das Bedenklichste hierbei thut die Zeit und die die durch die Ver-
hältnisse gebotene Einschränkung der Produktion. Die Zeit gleicht
die Ueberproduction durch langsamen Absatz aus und ist diese ver-
schwendung, dann beginnt auch die Nachfrage wieder und ist ihr
kommen bessere Preise. Es ist nicht das erste Mal, daß Deutschland
eine solche Senkung zu bestehen gehabt, es wären schon schlimmere
Zeiten da, und ebenso gut wie die, wird auch die jetzige Krisis von
der Industrie mit Geduld und Vorsicht überwunden werden. Das
Nab des Weltmarktes steht nie still, aber es braucht Zeit, sich durch
die Massenproduction hindurchzusetzen.

Es ist eine ganz werthvolle Erscheinung, daß in dieser Periode
des mangelnden Absatzes ein sehr bedeutender Geldüberschuß
herrscht. Für große industrielle Unternehmen steht dagegen an-
schließend der Rath und darum auch das Geld, eine Thatsache, die
wohl erklärlich ist, aber darum doch bemerklich bleibt. Seit langer
Zeit ist es in Deutschland nicht so still gewesen von großen Privat-
unternehmungen, wie gegenwärtig; nur da, wo von auswärtigen
Staaten große Arbeiten vergeben werden, eine Garantie für Deckung
also vorhanden ist, tritt auch das deutsche Kapital ein und damit die
Industrie concurrend ein, und zwar immerhin mit gutem Erfolge,
obwohl auch von französischer und englischer Seite angeboten wird,
was nur legend möglich, um den Sieg davonzutragen. Gerade weil
die Privatindustrie arg eingeengt ist, und es an Absatz und darum
wieder an Arbeit mangelt, empfiehlt es sich für den Staat, wenigstens
in bescheidenem Maße durch Vornahme öffentlicher Arbeiten Industrie
und Arbeiter etwas beizuhelfen. Es würde gefährlich sein, darauf
verzichten, wie es beispielsweise in Paris geschieht, denn die
Eile würde zuletzt länger werden, als der Kram, aber wo sich prä-
zise Klagen zeigen, da tritt an's Werk und nicht auf morgen ver-
zichtet, was heute geschehen kann. Bemerkenswerth ist, daß die säch-
sische Regierung in dieser Beziehung thatkräftig durch Uebernahme
mehrerer Freiburger Gruben und neue Bahnanlagen vorgegangen
ist, und in dieser Weise kann jeder Bundesstaat etwas thun. Die
Zeit ist die beste nicht, aber auch nicht die schlimmste, und mit
berathenen Kräften und langer Unterstüßung, wo es vonnöthen, wird
es schon gelingen, darüber hinwegzukommen.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 12. März.

Deutsches Reich. Im Reichstage steht heute die Com-
munitätssteuerung der Militärpersonen zur Verhandlung,
doch es ist fraglich, ob die Vorlage in der Fassung des Bundesrathes
zur Annahme gelangen wird. Sollte jedoch ein Gesetz im Sinne des
Gesetzes von uns mitgetheilt die Billigung des Reichstages finden,
so würde auch sofort an unsere sächsische Regierung die Nach-
wendigkeit herantreten, das in Rede stehende Verhältniß der sächsischen
Militärpersonen landesgesetzlich zu regeln. Dabei wird sich der Natur
der Sache nach empfehlen, möglichst einheitlich, in Uebereinstimmung
mit den übrigen beteiligten Bundesregierungen, und insbesondere,
soweit dies noch den in beiden Staaten bestehenden sonstigen Gesetzen
und Einrichtungen zc. möglich und ausführbar, im Anschlusse an
dasjenige vorzugehen und zu verfahren, was deshalb in Preußen durch
Bundesgesetz geordnet worden wird. Bis zum Erlasse eines betreffenden
Landesgesetzes wird vorläufiglich jedoch der sächsische Landtag,
welcher, wie wir mittheilten, am 25. März geschlossen werden soll,
nicht mehr versammelt sein und die sächsische Regierung hat sich daher
beist. — Da das Reichsgesetz mit dem Tage seiner Verkündung in
Kraft treten soll — dem Landtage schon gestern eine entsprechende
Vorlage zu machen. Nach Lage der Sache wird nichts erübrigen,
als seiner Zeit die Angelegenheit provisorisch auf dem Wege der
Verordnung zu regeln und wollte die Regierung die Zeit, wo die
Sitzung des Bundes jetzt noch versammelt sind, noch dazu benutzen,
so an dieselben einen Antrag dahin zu richten, es möge die Regierung
ermächtigt werden, provisorisch für die Zeit nach Verkündung des
beträffenden Reichsgesetzes im Wege der Verordnung, vorläufiglich der
Billigung und endgültigen Genehmigung dieser Verordnung durch die
nächste ordentliche Ständeverammlung, über die Heranziehung der
Militärpersonen zu den Gemeindeforderungen Bestimmungen zu treffen.
Der Landtag wird die Ermächtigung ohne Zweifel erteilen.

— Ob der Reichskanzler an den Verhandlungen der Com-
mission für die Braunkohlensanopol-Vorlage theilnehmen wird oder
nicht, darüber wird viel hin und her gesprochen, obgleich die Sache
eigentlich gar nicht so wichtig ist. Der Staatssecretär v. Bütticher
sagte am Sonnabend, der Reichskanzler werde erscheinen; am Schluß
der Sitzung meinte Herr Windthorst, es sei unentschieden, den
Kanzler zu hören. Angenommen werde das Monopol festlich doch
nicht. Darauf kam dann die Norddeutsche mit ihrer Ansicht; der
Besuch der Monopolcommission durch den Reichskanzler sei überflüssig.
Die Sache steht wohl so: Billig für Windthorst nicht, daß das Mo-
nopol nochmals im Reichstage verhandelt wird, so wird er, falls
seine Gesundheit es ihm gestattet, in die Commission gehen und dann
ist die Vorlage damit abgethan; andernfalls aber hat er Gelegenheit,
zur zweiten Beratung im Plenum des Reichstages das Wort zu
nehmen. Windthorst's Rede scheint den Kanzler besonders verdrossen
zu haben, daher die nachträgliche Mittheilung der Norddeutsche. —
Daß die Monopolvorlage abgelehnt wird, steht ja in jedem Falle fest.

— Der Bundesrath hielt am Donnerstag eine Sitzung ab.
Der preussische Antrag auf Verlängerung der Verjährungsfrist für
Preßvergehen wurde angenommen. Im Reichstage wird diese Ver-
längerung des Preßgesetzes ohne Zweifel abgelehnt werden.

— Dem Bundesrathe ist seitens der königl. sächsischen Regierung
der Antrag zugegangen, den § 16 der Gewerbeordnung dahin abzu-
ändern, daß die Altkundenschriften unter die genehmigungspflichtigen
Gewerbe aufgenommen werden.

— Herr von Schalko scheint mit seiner Behauptung von den
beiden Berliner Goldschmied-Bankern thatächlich arg hineingefallen
zu sein. Die ganze Geschichte von dem großartigen Unterschlagung
scheint falsch zu sein. Herr von Schalko hat seinen Wohlwollen
zu viel getraut und unterlassen, sich von der Wahrheit zu überzeugen,
bevor er die Sache im Reichstage vorbrachte. Deshalb ist im Reichs-
tage am Mittwoch auch das Personal des Falles Schalko's
gar nicht erörtert, sondern nur die principielle Frage, ob Abgeordnete
für parlamentarische Verurtheilungen zum Zeugnis gezwungen werden
dürfen. Das Einsichthe wäre, Herr von Schalko's sagte offen, daß
er sich geirrt. Wenn gefehlt ist, so ist es ein auf's Geringste
geführt, aber der ehrenvolle Ausweg aus der fatalen Geschichte ist
das jedenfalls.

— In dem Diktandenprocess des preussischen Fiskus gegen den
socialdemokratischen Abgeordneten Heine hat das Oberlandesgericht
in Rammberg beschlossen, daß der Beklagte zu verurtheilt sei, die
ihm als Abgeordneten von seiner Partei gewährten Gelder dem
Fiskus zurückzugeben. Das ist der erste Fall, in welchem der
Fiskus Recht erhält. Die letzte Instanz ist das Kammergericht
in Berlin. Die Klage ist bekanntlich auf Grund der Bestimmung
des preussischen Landrechts erhoben, daß ein geschwelliger Gewinn
dem Fiskus zufällt. Die Reichsverfassung verbietet zwar die Ge-
währung von Diktanden an Abgeordnete, aber alle Rechte außer
Jahren sprachen sich dahin aus, daß hiermit nur staatliche Diktanden
gemeint seien. Das Oberlandesgericht in Rammberg hatte schon be-
schlossen, Zeugnisse darüber zu erheben, ob die Annahme der
Diktanden im Sinne der betr. Partei zur Zustimmung verfallt. Die
Zeugen müssen sich also demgemäß ausgesprochen haben.

Frankreich. Die französische Kammer ist diesmal so klug
gewesen, die Anträge auf Ausweisung der französischen Prinzen, denen
Familien eintr in Frankreich gehortet haben, abzulehnen. Damit
ist jedoch in Frankreich die Pringenfrage noch keineswegs bei Seite
geschoben, sie nimmt vielmehr noch immer und nach wie vor einen
sehr breiten Raum in den politischen Erörterungen ein, nachdem der
Abgeordnete Bisson, einer der Vertreter des Seine-Departements,
in der Kammer den Antrag eingebracht hat, eine parlamentarische Unter-
suchung über die geheimen Umtriebe der Familie Orleans anzustellen.
Die Pariser Blätter bringen massenhafte Beschlüsse, durch welche
betrieben werden soll, daß die Orleans thatächlich gegen die Republik
konspirierten; was dabei Wahrheit ist, wird erörtert ist, ist schwer
herauszufinden. Die Regierung ist Gegnerin des Antrages.

England. Man sollte meinen, in Irland hätten nunmehr,
nachdem Gladstone seine volle Bereitwilligkeit erklärt, den Iren eine
eigene Regierung zu geben, die Gewaltthaten und Excesse ein Ende
genommen. Welt gefehlt! Von der Nationalliga zweigt sich jetzt
eine Partei ab, die an dem Standhalten des Bestandes gefestigt hat
und unbedenklich um die Aufrechterhaltung Parnell's ihr Treiben
fortsetzt. Das Irland erst seine eigene Regierung und sein National-
parlament, so wird auch in letzterer diese Partei bald ihre Vertretung
finden, die bedeutend weiter geht, als Parnell, und einfach fordert:
Irland mit allen Engländern aus Irland, und Abbruch aller Be-
ziehungen zur Londoner Regierung. Gladstone blühet sich mit
seinen klugen Plänen eine Lustthat auf, die ihm noch viele bittere
Stunden bereiten wird.

Spanien. Die Londoner Times, sonst ein ernsthaft zu
nehmendes Blatt, theilen mit, daß die republikanischen Aufständ-
erzucht in Spanien von Speculanten in Paris und London
bezahlt wurden. Von diesen Renten soll einige Monate vor dem
Tode König Alfonso's sogar die Summe von 20,000 Pfund
— 400,000 Mark — für die Ermordung des Königs geboten
worden sein. Der König und die Regierung wurden indessen recht-
zeitig gewarnt, und der Mordanschlag, der Madrid bereits betreten,
sah doch den Boden unter seinen Füßen abgleiten und machte sich
unverrichteter Sache wieder davon.

Orient. Sämmtliche Mächte haben ihre Zustimmung zu der
Vollstreckungskonferenz in Konstantinopel gegeben, welche das bulgari-
sche Abkommen wegen Kamalien prüfen und annehmen soll.
Wahrscheinlich tritt die Konferenz Sonnabend zusammen, da nur
noch einige unbedeutende Vorfragen zu erledigen sind. — König Milan
von Serbien verweilt mit seinem Kerger noch immer in der Festung
Nisch, wo der Friedensvertrag von ihm unterzeichnet werden soll.
Der König scheint sich gar nicht dazwischen finden zu können, daß er
der Festung im letzten Kreise ist. Aus seiner Umgebung wird berichtet,
daß Herr Milan in außerordentlich gereizter Gemüthsstimmung ist.
Verdrossen kann man es ihm auch gerade nicht; denn die Blamage
war groß genug! Der Ministerrath des Kaiserthums wird in der
nächsten Zeit erwartet; es soll nun den Sündenbock für den Krieg
spielen, an dem jedoch der König die Hauptrolle trägt.

Amerika. Senator Edmunds, der Urheber des amerkanischen
Ettelgesetzes gegen die Helwecker, trau't dessen im vergangenen
Jahre 50—60 Normenem beauftragt worden sind, hat eine neue